

Humpty Dumpty fiel in den Dreck

(Und keiner weiß, wie man ihn wieder auf die Beine kriegt)

Yascha Mounk*

Wir erleben gerade einen Umbruch der politischen Grundordnung, dessen Ausmaß – vorsichtig geschätzt – dem New Deal Franklin D. Roosevelts oder Ronald Reagans Aufstand gegen den Nachkriegskonsens nahekommt.

Ein solcher Umbruch vollzieht sich in der Regel in zwei Akten. Zuerst geht der alten Art, Politik zu machen, schlicht die Luft aus. Es ist eine lange Phase, in der sie zunehmend aus der Zeit gefallen wirkt, ihre Fähigkeit zur Problemlösung sichtbar abnimmt und die Zustimmung der Menschen langsam, aber stetig erodiert. Dann erringt ein Politiker neuen Schlags oder eine neue Bewegung die Macht, entschlossen, die alte Ordnung zu durchbrechen – oft auf eine Weise, die anfangs (und manchmal dauerhaft) unausgegoren, chaotisch oder schlicht verantwortungslos wirkt.

Das erste dieser Elemente ist seit mindestens einem Jahrzehnt zu beobachten. Das zweite hat am 20. Januar 2025 volle Fahrt aufgenommen.

In der gesamten westlichen Welt geht den traditionellen politischen Kräften die Puste aus. In Europa gelingt es den moderaten Kräften nicht, ein tragfähiges Leitbild für die wirtschaftliche Zukunft des Kontinents zu entwickeln oder den seit Jahren vorgetragenen Wunsch der Wähler ernst zu nehmen, endlich wieder Kontrolle über die eigenen Grenzen zu gewinnen. Parteien, die einst

* Dieser Text wurde unter dem Originaltitel *Humpty Dumpty Had a Great Fall* erstmals am 14. Februar 2025 in *Persuasion* veröffentlicht.

die Riesen der Nachkriegspolitik waren, schrumpfen derzeit auf Zwergengröße. In Frankreich sind Sozialisten und Republikaner praktisch von der Landkarte verschwunden. In Deutschland liegen die Sozialdemokraten in den Umfragen bei 15 Prozent. In Großbritannien führt Nigel Farages Reform Party laut aktuellen Umfragen sowohl vor Labour als auch vor den Konservativen.

Auch in den USA sieht es für die Parteien des alten Lagers nicht besser aus. Die Republikaner haben sich endgültig der feindlichen Übernahme durch Donald Trump ergeben. Die Partei Ronald Reagans ist Geschichte; jeder Versuch, sie wiederzubeleben, dürfte aussichtslos bleiben. Die Demokratische Partei wiederum ist so unbeliebt wie seit Jahrzehnten nicht mehr – nicht zuletzt, weil sie ihren eigenen Markenkern verleugnet. Während Kandidaten wie etwa Kamala Harris steif und fest behaupten, die Partei der Arbeiter zu sein, erinnert ihr Wahlkampfteam stark an das Bündnis aus Spitzenverdienern und Bildungsbürgern, das der Republikaner Bob Dole 1996 zusammenschmiedete, kaum jedoch an das Team seines Gegners von den Demokraten, Bill Clinton.

Ich habe nicht die Absicht, diese Kräfte zu verteufeln oder lächerlich zu machen. Zur Strafe für all meine Sünden identifiziere ich mich sogar instinktiv immer noch mit ihnen. Aber jede ehrliche Diagnose der gegenwärtigen Stunde muss anerkennen: In ihrer heutigen Gestalt wirken diese Parteien wie Relikte einer vergangenen Epoche – Nebendarsteller, die ihr abgenudeltes Drehbuch aufsagen, lange nachdem das Publikum bereits zur nächsten Aufführung übergelaufen ist.

Umso auffälliger ist das selbstbewusste Auftreten der Herausforderer, die nun im Begriff sind, das alte Establishment abzulösen. Seit einigen Jahren ist klar: Populisten unterschiedlichster Couleur sind zu einem zentralen, vielleicht sogar dominierenden Teil der westlichen Politiklandschaft geworden. Wo sie an die Macht kamen – in der Türkei und in Venezuela, in Indien und Ungarn –, zeigte sich auch, dass sie imstande waren, die Regeln und Normen zu schleifen, die herkömmlicherweise die vollziehende Gewalt einhegten. In den am längsten etablierten Demokratien jedoch blieb lange zweifelhaft, ob sie ihre Macht dauerhaft sichern könnten.

Der Radikalismus und die Geschwindigkeit, mit der die neue Trump-Regierung die Vereinigten Staaten nun umbaut, räumen diesen Zweifel beiseite. In seinen ersten Amtswochen hat Trump Tausende Bundesangestellte entlassen und mehrere Behörden praktisch dichtgemacht. Er hat zentrale Pfeiler der Weltwirtschaft über Bord geworfen, indem er umfassende Zölle durchsetzte, und er hat die Außenpolitik radikal umgestaltet, indem er langjährigen Verbündeten wie Dänemark, Panama und Kanada offen drohte. Er hat sich an politischen Gegnern gerächt, indem er einigen Kritikern den Personenschutz entzog; er hat politische Freunde belohnt, indem er Mittäter des Sturms auf das Kapitol vom 6. Januar 2021 begnadigte. Bald könnte er sogar so weit gehen, das Verhältnis zwischen Exekutive und Judikative neu zu definieren – und zwar schlicht, indem er Gerichtsurteile ignoriert, die seine Macht einschränken sollen.

Es ist keineswegs eine ausgemachte Sache, dass Trump seine derzeitige Popularität halten kann; ebenso wenig steht fest, dass er einen Nachfolger eigener Wahl im Weißen Haus installieren kann. Doch mit jedem Tag sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die Dinge jemals zum *Status quo ante* zurückkehren. Selbst wenn die Demokratische Partei 2028 gewinnen sollte, wird die nächste Regierung wohl kaum in der Lage sein, den Verwaltungsapparat nach dem Exodus von Zehntausenden Angestellten und der Schließung ganzer Abteilungen in alter Form wiederherzustellen.

Im Laufe meines Lebens hat sich eine politische Ordnung, die einst selbstverständlich, ja fast naturgegeben schien, in ein *Ancien Régime* verwandelt, das selbst seinen treuesten Anhängern altbacken vorkommt. Nun sind Kräfte an der Macht, die sich diesem Erbe in keiner Weise verpflichtet fühlen – und sie reißen es mit hämischer Freude nieder.

Vor unseren Augen ist die komische Figur des *Humpty Dumpty* von der hohen Mauer gestürzt. Jahrelang hing er wie im Schwebezustand in der Luft, scheinbar den Gesetzen der Physik trotzend. Jetzt ist er im freien Fall. Wir wissen noch nicht, wie hart der Aufprall sein wird. Aber schon jetzt ist klar: Weder alle Mächte der Erde noch alle Kräfte des Establishments werden *Humpty Dumpty* wieder auf die Beine stellen können.

Für jene von uns, die diese Entwicklungen mit Sorge betrachten und meinen, dass es in der alten Grundordnung durchaus einiges gibt, das bewahrt werden sollte, bleibt nur eines: schonungslose Selbstprüfung. Drei Fragen drängen sich auf – grob nach Schwierigkeit sortiert –, auf die wir zumindest einigermaßen plausible Antworten finden sollten:

- Warum hat die alte Grundordnung so viel Rückhalt verloren?
- Woher rührt die Attraktivität radikaler (und ja, oft unverantwortlicher) Alternativen?
- Wie könnte eine Zukunft aussehen, die diese Defizite auf verantwortungsvollere Art ausgleicht – eine Art, die nicht starr an einer Vergangenheit festhält, die wohl ohnehin unwiederbringlich vorbei ist, sondern glaubwürdig versprechen kann, den Hauptwerten und am häufigsten geäußerten Versprechen unserer politischen Grundordnung besser gerecht zu werden?

Diese Fragen sind nur mit größter Mühe zu beantworten. In all den Artikeln, die ich gelesen, und auf all den Konferenzen, die ich besucht habe, ist mir niemand begegnet (mich eingeschlossen), der dazu wirklich ausformulierte oder überzeugende Antworten gehabt hätte – erst recht nicht Antworten auf die für unsere Zukunft entscheidenden Fragen. Was mich am meisten erschüttert, ist jedoch nicht das Fehlen der Antworten, sondern dass kaum jemand eingestehen will, wie sehr wir alle im Dunkeln tappen.

Diese Weigerung, die Tiefe der Krise zu erkennen, zeigte sich exemplarisch in den Worten des neu gewählten Generalsekretärs des Nationalen Lenkungsausschusses der Demokratischen Partei, der erklärte, die Demokraten müssten sich nicht verändern. »Wir haben die richtige Botschaft«, verkündete siegestrunken Ken Martin seinen Parteimitgliedern – und blendete dabei aus, dass mittlerweile fast doppelt so viele Amerikaner eine eher schlechte als eine gute Meinung von seiner Partei haben. Der schlechteste Wert, seitdem die Meinungsforscher von Quinnipiac 2007 damit begonnen hatten, die Frage zu stellen! Und dieser Realitätsverlust reicht weit darüber hinaus – von linken Progressiven bis zur politischen Mitte, von Politikern bis hin zu Sozialwissenschaftlern.

Schon nach Trumps erstem Sieg 2016 bastelten die verschiedenen Lager des Establishments sich ihre eigenen Erklärungen zurecht – teils widersprüchlich, teils sich überschneidend, fast immer selbstgefällig. Linke, die stets behauptet hatten, Amerikas größtes Problem sei die ökonomische Ungleichheit, erklärten, Trumps Aufstieg sei genau dadurch bedingt – würde man nur versprechen, die Ungleichheit zu beseitigen, würde auch Trump verschwinden. Vertreter der Identitätspolitik, die Rassismus, Sexismus und andere Formen von Diskriminierung als Kernproblem sahen, erklärten, genau diese hätten Trump ins Amt gebracht – und man müsse ihn durch Protestmärsche, Gleichstellungsprogramme und Diversity-Trainings besiegen. Sozialwissenschaftler wiederum präsentierten beschwichtigende Erklärungen, die am liebsten gar kein Handeln verlangten: Trump sei gewählt worden, weil alte weiße Männer von Ewiggestrigkeit und »rassistischem Hass« getrieben seien; doch da diese Bevölkerungsgruppe ohnehin schrumpfe, sei die Gefahr zeitlich begrenzt.

Nach Trumps Wiederwahl bedarf es schon akrobatischer Verrenkungen, um an einem dieser Narrative festzuhalten. Was aber nicht heißt, dass ihre Anhänger es nicht unerschrocken weiter versuchen würden.

Die Wählerschaft ist seit 2024 deutlich vielfältiger geworden. Doch während Weiße eher zu den Demokraten tendieren, haben sich Hispanics, asiatischstämmige Amerikaner und sogar Afroamerikaner stärker Trump zugewandt. Die gängige Erklärung für seinen ersten Wahlsieg wird durch die Art seines zweiten Triumphes schlicht ad absurdum geführt.

Seit 2016 wurden zahllose Gleichstellungsinitiativen gestartet, Millionen Amerikaner haben *Diversity-Trainings* durchlaufen. Und trotzdem sollen Rassismus, Sexismus und Bigotterie heute schlimmer sein als vor zehn Jahren – und neuerdings sogar unter Minderheiten auftreten, die man nun als »weißaffin« verdächtigt. Trotz solcher Versuche, am gleichen Drehbuch festzuhalten, wirkt die Behauptung, dass ausgerechnet Rassismus, Sexismus und andere Formen von Bigotterie die Hauptursache des Trump-Phänomens seien, äußerst wackelig.

Auch die große Rezession, die in den 2010er Jahren häufig als Erklärung für den Aufstieg der Populisten herangezogen wurde, liegt längst zurück. Joe Biden, noch in den Vorwahlen von 2020 wirtschaftspolitisch ein Mann der Mitte, verfolgte als Präsident eine entschieden linke Wirtschaftspolitik – mit Extra-Billionen Dollar für Konjunkturprogramme. Wer immer noch erklärt, Trumps Erfolg sei ökonomisch motiviert, muss sich fragen lassen, wie es denn sein kann, dass Wähler ihren Wunsch nach noch mehr linken Maßnahmen ausgerechnet durch die Wahl eines stramm rechten Politikers ausdrücken sollen. Logisch denken geht jedenfalls anders.

All diese Verdrängungsmechanismen ergeben zusammen ein ohrenbetäubendes Grundrauschen der Selbsttäuschung – ein Rauschen, das für alle außerhalb der selbstverkapselten Elite klar hörbar ist. Und wie üblich beginnt diese Verdrängung zu Hause: mit der Unfähigkeit, in den Spiegel zu schauen und sich selbst zu erkennen. Seit zwei Jahrzehnten haben wir ein Establishment, das gerne so tut, als führe es einen großen Aufstand gegen die Mächtigen. In Wahrheit werden wir von einer Kaste der Privilegierten regiert, die größte Virtuosität darin beweisen, die wenigen Wehwehchen lauthals aufzublasen, durch die sie sich benachteiligt fühlen. Wir haben weite Teile unserer Gesellschaft Leuten überlassen, die als Bescheid wissende Experten auftreten – und sich doch wieder und wieder als bemerkenswert unfähig erwiesen haben, die ihnen anvertrauten Aufgaben zu erfüllen.

Ich weiß nicht, was all das bedeutet. Ich weiß nicht, wie ich die drei von mir gestellten Fragen beantworten soll. Ich weiß nicht, wie ich bewahren kann, was ich liebe, und zugleich für eine bessere Zukunft kämpfen kann – oder beides gleichzeitig.

Nur in einem bin ich mir halbwegs sicher: Wer da erzählt, man könne einfach zur bequemsten Erklärung zurückkehren – wer sich einredet, dass die eigenen alten Überzeugungen durch Ereignisse bestätigt worden seien, die man selbst überhaupt nicht vorhergesehen hat –, der belügt andere. Und wahrscheinlich auch sich selbst.

Wir werden dieses Problem nicht lösen, indem wir in einen Trump-Beleidigungswettbewerb eintreten. Wir werden es nicht lösen, indem wir zum Skript *unbeugsamen Widerstands* zurückkehren, das schon einmal gescheitert ist. Wir werden es nicht lösen, indem

wir noch mal einen draufsetzen auf eine Sichtweise, die sich bereits als zutiefst spaltend und toxisch-unattraktiv erwiesen hat. Und jeder, der wie der neue Generalsekretär der Demokratischen Partei behauptet, er habe die richtige Botschaft, hat sie mit Sicherheit nicht.

Das Einzige, was ich derzeit an Rat beisteuern kann, ist zugegebenermaßen wenig spektakulär, ja fast enttäuschend: Wir müssen Tempo rausnehmen. Wir müssen uns im Spiegel betrachten. Wir müssen endlich eingestehen, wie sehr wir die Welt, unser Land und unseren Platz darin missverstanden haben. Wir müssen nachdenken – gründlich, geduldig, ohne Ausreden, ohne vorschnelle Schlüsse, ohne Rückzug in wohlgestanzte Beruhigungsformeln oder in selbstgerechter Empörung.

Und es jagt mir echt Angst ein, dass dies offenbar das Letzte ist, was auch nur ein Einziger genau jetzt tun möchte.

Aus dem Englischen übersetzt von Johannes Hampel